
FORUM

Friedhelm Farthmann: Arbeitsmarkt und Sozialpolitik und die Rolle der Gewerkschaften

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, geboren 1930 in Bad Oeynhausen, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa) in der SPD von Nordrhein-Westfalen und Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales von Nordrhein-Westfalen.

„Die Bewahrung des Erreichten ist das Maximum des Erreichbaren.“ Mit diesem Satz hat der ehemalige SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, schon vor fast sieben Jahren den Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der 80er Jahre eingeschätzt. Diese Äußerung ist seinerzeit als perspektivlos und destruktiv heftig kritisiert worden. Die hohen Wachstumsraten in den Jahrzehnten des ständigen Wiederaufbaus und insbesondere seit dem Ende der 60er Jahre hatten vielen Menschen den Blick für die langfristige Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft verstellt. Der erste Ölschock vom Winter 1973/74 war schnell vergessen oder verdrängt worden.

Heute wissen wir, daß Heinz Kühn mit seiner Voraussage die Wirklichkeit ziemlich genau getroffen hat. Sozialpolitisch stehen wir inzwischen mit dem Rücken an der Wand:

- Die schwere und weltweite Rezession hat jetzt schon im zweiten Jahr für die meisten Arbeitnehmer reale Einkommenseinbußen zur Folge, weil die effektive Erhöhung der Nettoeinkommen deutlich hinter den Preissteigerungsraten zurückgeblieben ist.
- Die Arbeitslosigkeit liegt in der Bundesrepublik zwar erheblich niedriger als in den anderen vergleichbaren Industrieländern (Frankreich, England, USA), hat sich aber der 2-Millionen-Grenze genähert und weist damit die höchsten Werte seit dem Beginn der 50er Jahre auf.
- Die zunehmende Verknappung der öffentlichen Mittel hat drastische Sparaktionen in Bund, Ländern und Gemeinden nötig gemacht, die sich auch für den Bürger spürbar auswirken, z.B. durch Kürzungen des Kindergeldes, durch Einschränkungen von Sozialhilfeleistungen oder durch Erhöhungen von Schülerfahrtkosten und Kindergartenbeiträgen.

Angesichts dieser Entwicklung, die auch für die Zukunft zumindest kurzfristig keine durchgreifende Besserung erkennen läßt, stellt sich die Frage nach der politischen Strategie der sozialfortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik. Zur Zeit scheinen Ratlosigkeit und Enttäuschung wie Mehltau alle Bemühungen zu überdecken und zu lähmen. Meines Erachtens geht es in dieser Situation vor allem um zweierlei:

1. Die vorrangige Aufgabe besteht darin, die sozialen Errungenschaften jedenfalls in ihrem Kernbestand zu erhalten. Wie nicht anders zu erwarten, gibt es in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und leerer Kassen von verschiedenen Seiten Versuche, Teile der sozialen Sicherung abzubauen. So wird gefordert, bei der Lohnfortzahlung wieder unbezahlte Karenztage vorzusehen, im Rahmen der Krankenversicherung eine Selbstbeteiligung der Versicherten einzuführen und in der Arbeitslosenversicherung das Arbeitslosengeld zu kürzen.

Die Auseinandersetzungen um diese Fragen zeichnen sich durch einen ungewöhnlich klaren Frontverlauf unter den maßgeblichen politischen Gruppen aus: Auf der einen Seite stehen die Arbeitgeberverbände, die Unionsparteien und die Freien Demokraten, die derartige Kürzungen der Sozialleistungen grundsätzlich bejahen; und auf der anderen Seite stehen Gewerkschaften und Sozialdemokraten, die diese Vorhaben entschieden ablehnen.

Bemerkenswert ist in der Tat, mit welcher Eindeutigkeit sich konservative Politiker zu der von dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß formulierten Devise bekennen, daß „die Grenzen des Sozialstaats erreicht“ seien. So verlangt etwa der baden-württembergische Ministerpräsident Späth, „dem Arbeitnehmer zu sagen, daß er sich an den Lebensrisiken - Stichwort Lohnfortzahlungsbeteiligen muß“ (Wirtschaftswoche 1981, Heft 45, S. 17). Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg beantwortet die Frage nach der Kürzung des Arbeitslosengeldes mit dem Hinweis: „Eine gewisse Korrektur ist unvermeidlich“ (Süddeutsche Zeitung vom 15. 9. 1981). Selbst der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, gibt derartigen Bestrebungen seinen Segen mit den Worten: „Die Sozialausschüsse sagen der Not gehorchend ja zur Kürzung des Arbeitslosengeldes“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. 9. 1981). Auch in der Krankenversicherung bekennt sich Stoltenberg zu einem „kräftigen Schritt in Richtung Selbstbeteiligung“ (Süddeutsche Zeitung vom 15. 9. 1981).

Wer diese Stimmen aus dem Lager der CDU/CSU den Äußerungen der beiden führenden FDP-Vertreter Genscher und Graf Lambsdorff gegenüberstellt, kann nicht den geringsten Zweifel hegen, daß im Falle einer Koalition zwischen Unionsparteien und Freien Demokraten auf Bundesebene in kürzester Zeit Einigkeit über derartige Einschnitte in das soziale Netz erzielt würde.

Diese parteipolitische Bewertung des gegenwärtigen Meinungsstandes wird hier nicht vorgenommen, um die Brandfackel parteipolitischen Haders in das Haus der Einheitsgewerkschaft zu schleudern, sondern ausschließlich um deutlich zu machen, was für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland derzeit auf dem Spiele steht. Der Ernst der augenblicklichen Lage gestattet es nicht mehr, aus taktischen Gründen auf Klarheit in der Aussage zu verzichten. Wie die letzten

Wahlergebnisse zeigen, sind offenbar viele Arbeitnehmer aus Enttäuschung über die aufgetretenen wirtschaftlichen und innerparteilichen Schwierigkeiten bereit, die Sozialdemokratie mit „Liebesentzug“ zu bestrafen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür bietet die Landtagswahl in Niedersachsen am 21. März 1982. Selbst wenn man weiß und berücksichtigt, daß die augenblickliche Situation auf dem Arbeitsmarkt weitestgehend bundesweite Ursachen hat, ist es fast nicht zu verstehen, daß die dort regierende CDU einen so glänzenden Wahlsieg erringen konnte, obwohl das Landesarbeitsamt Niedersachsen/Bremen am 1. März 1982 mit 10,4% die höchste Arbeitslosenquote aufwies.

Gewerkschaften und Arbeitnehmer müssen deshalb wissen, wo sie im Kampf um die Erhaltung des sozialen Systems die einzigen politischen Verbündeten finden können. Die Sozialdemokratie ist im gegenwärtigen parteipolitischen Kräftespiel die letzte Schranke gegen eine Reduzierung elementarer sozialer Leistungen. Wer diese Schranke demontiert, demontiert soziale Sicherheit. Hinzu kommt, daß auch die zweite Säule der alten Arbeiterbewegung, nämlich die Gewerkschaften, durch Verfehlungen, die bei der Unternehmensgruppe „Neue Heimat“ aufgedeckt worden sind, Vertrauen bei der Arbeitnehmerschaft eingebüßt hat. Schadenfreude darüber ist in gewissen konservativen Medien nicht zu überhören. Zwar soll hier nichts beschönigt oder unter den Teppich gekehrt werden. Die Glaubwürdigkeit der gewerkschaftlichen Organisation insgesamt darf dadurch aber nicht in Frage gestellt werden. Dieses wirkungsvolle Widerlager politischer Gegenmacht muß in einer freien Gesellschaft wie der unsrigen voll intakt bleiben, wenn der Prozeß sozialer Selbstverwaltung und damit der soziale Frieden nicht gefährdet werden soll.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die natürlichen Verbündeten seit den Anfängen des Kampfes um gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, sind aufgerufen, ihre gemeinsame Aufgabe zu erkennen, die die Gegenwart ihnen stellt: mit Zähnen und Klauen die sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Mit Solidarität und Augenmaß kann es gelingen.

2. Im Hinblick auf den enger gewordenen Finanzierungsrahmen sind generelle Leistungserweiterungen im sozialen Bereich auf absehbare Zeit nicht zu erreichen. Das zweite Anliegen fortschrittlicher Sozialpolitik muß deshalb darauf gerichtet sein, das vorhandene System qualitativ zu verbessern. Dabei steht der Abbau der Arbeitslosigkeit mit Abstand im Vordergrund. Das gilt umso mehr, als sich die Zahl der Arbeitslosen mittelfristig eher noch erhöhen wird; vor allem deshalb, weil durch die Mikroelektronik ein beispielloser Rationalisierungsschub in Verwaltung und Industrie zu erwarten ist.

Wenn überschüssige Arbeitskraft angeboten wird, gibt es theoretisch zwei Möglichkeiten zur Bewältigung dieser Schwierigkeit: entweder zusätzliche Arbeitsplätze

schaffen und/oder Arbeitskraft durch irgendeine Form von Arbeitszeitverkürzung aus dem Markt zu ziehen. Nach meiner Auffassung können und müssen beide Ansätze jetzt genutzt werden.

Generelle Investitionszulagen, wie sie das neue Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung (die sogenannte Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität) vorsieht, reichen nicht aus, um auf Dauer in nennenswertem Umfange eine Vermehrung der Arbeitsplätze herbeizuführen, weil dadurch die rückläufige Nachfrage infolge der sinkenden Realeinkommen der Arbeitnehmer und der Investitionskürzungen der öffentlichen Sparhaushalte nicht ausgeglichen werden kann. Eine wirksame Erhöhung der Beschäftigung wäre nur zu erreichen, wenn diese Zeit brachliegender Arbeitskräfte dazu genutzt würde, gewaltige Investitionsanstrengungen zur Verbesserung unserer Infrastruktur zu unternehmen. So ließen sich etwa in den Sektoren des Umweltschutzes, des Ausbaus der Fernwärme, der Modernisierung der Kohlekraftwerke, des Personennahverkehrs und des Krankenhausbaus umfangreiche Investitionen denken, die auf längere Sicht die Produktionsstrukturen in unserem Lande begünstigen und die Lebensqualität der Bürger steigern könnten. Allein für Krankenhäuser, ein vergleichsweise schmaler Bereich, gibt es in Nordrhein-Westfalen einen Investitionsbedarf von über 3 Milliarden DM, für den weitgehend baureife Planungen vorliegen und der keinerlei Folgekosten für die öffentlichen Haushalte auslösen würde. Die riesigen Investitionssummen, die zur Einrichtung von Fernwärmesystemen nötig wären, sind schon mehrfach errechnet worden und belaufen sich auf zweistellige Milliarden-Beträge.

Erhebliche Probleme stellen sich natürlich auf der Aufbringungsseite, also bei der Beschaffung der für diese Investitionen nötigen Finanzmittel. Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand scheiden im Hinblick auf den Grad der öffentlichen Verschuldung praktisch aus. Steuererhöhungen haben den Nachteil, daß sie Kaufkraft abschöpfen und demgemäß nur eine Verlagerung vom Konsum- auf den Investitionssektor bewirken. Dieser Effekt könnte allerdings mindestens teilweise vermieden werden, wenn vornehmlich die höheren Einkommensbezieher belastet würden, weil sie durch ein solches Opfer ihr Konsumverhalten kaum ändern würden.

Diesem Zweck wird allein die von den Sozialdemokraten empfohlene Ergänzungsabgabe zur Lohn- und Einkommenssteuer gerecht. Eine solche Ergänzungsabgabe ist jedoch, wie wir aus den Diskussionen der letzten Monate wissen, derzeit politisch nicht durchsetzbar, weil sie sowohl von der Union als auch von der FDP abgelehnt wird. In diesem Punkt zeigt sich ebenfalls das sozialpolitische Kräftefeld in der Bundesrepublik mit bemerkenswerter Deutlichkeit.

Deshalb wird in den nächsten Monaten die Frage gestellt und beantwortet werden müssen, welche politischen Gruppen bei der Bewältigung der Beschäfti-

gungskrise zu einer sozial gerechten Lastenverteilung bereit sind und welche Gruppen alles auf dem Rücken des kleinen Mannes austragen wollen. Für eine Politik im letzten Sinne gibt es in England und vor allem in den USA eindrucksvolle Beispiele. Während die wohlhabenden Amerikaner von der wirtschaftlichen Rezession überhaupt nichts spüren, müssen über 10 Millionen Arbeitslose und große Teile der Arbeitnehmerschaft durch erhebliche Einkommenseinbußen die Zeche bezahlen.

Eine solche Entwicklung darf in der Bundesrepublik nicht eintreten. Die Besser-Verdienenden unserer Gesellschaft müssen einen angemessenen Beitrag zur Behebung der Schwierigkeiten leisten. Bei Monatseinkommen von 15.000 oder 30.000 DM würden Extrabelastungen von 1.000 oder 2.000 DM den bisherigen Lebenszuschnitt in keiner Weise beeinträchtigen. Solche Zusatzleistungen der Spitzenverdiener würden im übrigen als Signal sozialer Gerechtigkeit verstanden und Opfer auch von mittleren Einkommensbezieherern wesentlich erleichtern. Auf dieser Linie liegt auch das von der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung vorgeschlagene Modell einer sozial gestaffelten Kürzung des 13. Monatsgehaltes für die höheren Beamtgehälter.

Wenn man berücksichtigt, daß eine Million DM an öffentlichen Investitionen 10 bis 15 Arbeitsplätze schafft, müßten sich auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu diesem oder einem ähnlichen Modell bekennen können, wenn dadurch ein Teil der konsumptiven öffentlichen Ausgaben eingespart und zu investiven Zwecken und damit zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden könnte.

Der zweite Ansatz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei käme theoretisch sowohl eine Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit, der Jahresarbeitszeit als auch der Lebensarbeitszeit in Betracht. Für Prioritäten innerhalb dieser verschiedenen Möglichkeiten darf es kein Dogma mehr geben. Vielmehr sollten alle Varianten dosiert und kombiniert je nach der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eingesetzt werden. Bei der gegenwärtigen Situation ist für mich die Verkürzung der Lebensarbeitszeit am wichtigsten und aktuellsten. Dabei könnten sowohl der konventionelle Weg über ein weiteres Herunterziehen der flexiblen Altersgrenze erwogen werden als auch neue Modelle mit Hilfe des Tarifvertrages, wie etwa der sogenannte Döding-Plan. Der in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebrachte Einwand der fehlenden Finanzierbarkeit muß vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß uns ein Arbeitsloser pro Jahr fast 25.000 DM kostet. Keinem Bürger ist klar zu machen, daß eine vorgezogene Rente nur deshalb nicht bezahlbar ist, weil das Arbeitslosengeld aus der Kasse der Bundesanstalt für Arbeit und die Rente aus der Rentenversicherung zu leisten ist.

Weitere Beispiele einer qualitativen Verbesserung unseres sozialen Sicherungssystems können nur noch als Stichworte genannt werden. Dabei wird es vor allem darum gehen, künftig zu verhindern, daß Unternehmen mit besonders hohem Kapitaleinsatz und hoher Produktivität relativ wenig zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer beitragen (Frage der sogenannten Maschinensteuer). Ebenso schwierig und wichtig wird das Problem der Überversorgung in der Rentenversicherung sein, also die Lösung der Fälle, in denen Rentner mit Hilfe einer betrieblichen Zusatzversorgung ein höheres verfügbares Einkommen erzielen als vergleichbare Arbeitnehmer im aktiven Dienst. Schließlich sind nach wie vor ungelöst die Fragen einer Verwirklichung des Präventivgedankens in der Gesundheitspolitik und des Ausbaus eines modernen Arbeitsschutzes einschließlich einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Arbeitszeitregelung.

Die angedeuteten Vorhaben werden nur durch eine geeinte und solidarische Arbeitnehmerschaft zu verwirklichen sein. Deshalb müssen sich alle Arbeitnehmer bewußt machen, was sie bei einer politischen Trendwende erwartet. Wenn es gelingt, dieses Bewußtsein zu wecken, wird sich die Mehrheit der Arbeitnehmer für die Sicherung des Erreichten und gegen soziale Demontage entscheiden. Dafür müssen Gewerkschaften und Sozialdemokraten gemeinsam kämpfen. Noch heute gilt unverändert, was der damalige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Carl Legien, vor fast 100 Jahren festgestellt hat: „Die Macht der Arbeitnehmer liegt in ihren Organisationen. Stärken sie diese, so stärken sie ihre Macht.“